



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

49. Sitzung (öffentlich)

19. März 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:25 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss kommt überein, lediglich die Dringliche Frage sowie die Aktuelle Viertelstunde – jeweils beantragt von der Fraktion SPD – zu beraten und alle weiteren Tagesordnungspunkte zu vertagen.

- 1 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW** (*beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]*) **10**

in Verbindung mit:

Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (*beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*)

- 2 Vorstellung der Shell Jugendstudie 2019** **29**

– Gespräch mit Professor Dr. Mathias Albert, Universität Bielefeld

– entfällt

3 Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch 30

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5066 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/673

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– entfällt

4 Zukunftsplan Grundschule 31

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6739

Ausschussprotokoll 17/875

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– entfällt

5 Gesundes Essen ist Kinderrecht: Gesunde und nachhaltige Verpflegung für alle Kinder und Jugendlichen in Kita und Schule sicherstellen – einheitliche Qualitätsstandards festschreiben 32

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7364
Ausschussprotokoll 17/904

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– entfällt

6 Schwimmflächen und Schwimmangebote ausweiten. Ertrinken verhindern 33

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6583

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– entfällt

- 7 Unterstützung für alleinerziehende Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen stärken! 34**
- Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6254 (Neudruck)
- Ausschussprotokoll 17/866
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
- entfällt
- 8 Care-Arbeit in NRW sichtbar machen und besser unterstützen 35**
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8765
- entfällt
- 9 Verbesserte Entgeltfortzahlung für Eltern bei persönlicher Betreuung kranker Kinder 36**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8771
- entfällt
- 10 NRW braucht einen Masterplan gegen Rechtsextremismus 37**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8778
- entfällt
- 11 Verschiedenes 38**
- entfällt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Herzlich willkommen zur 49. Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend. Fraglos tagen wir heute unter besonderen Bedingungen.

Ich begrüße recht herzlich Herrn Minister Dr. Stamp und die Mitarbeiter der Landesregierung sowie die Kolleginnen und Kollegen Ausschussmitglieder. Presse ist, soweit ich es sehe, bisher noch nicht anwesend.

Die Einladung zur heutigen Sitzung ist Ihnen mit der Nummer E 17/1170 zugegangen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir alle uns heute bemühen sollten, die Beschlüsse des Krisenstabs Pandemie zu berücksichtigen und den erforderlichen Mindestabstand möglichst sicherzustellen. Draußen vor dem Raum haben wir auch die Möglichkeit, die Hände zu desinfizieren.

Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass für diese Sitzung Fraktionsstärke beschlossen wurde. Die Obleute haben sich ferner darauf verständigt, nur Tagesordnungspunkte zu behandeln, bei denen eine zwingende parlamentarische Beratung bejaht wird.

Vom Abgeordneten Dr. Dennis Maelzer ging fristgerecht eine Dringliche Frage nach § 59 der Geschäftsordnung des Landtags ein. Die aktuelle Tagesordnung wurde daher im Vorfeld bereits ergänzt. Ich werde die Dringliche Frage in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung gleich zu Beginn der heutigen Sitzung aufrufen.

Wie haben sich die Obleute über den Rest der Tagesordnung verständigt?

Marcel Hafke (FDP): Ich habe im Vorfeld ja bereits angekündigt, dass ich eine kurze persönliche Erklärung abgeben möchte.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Eine persönliche Erklärung ist für den Schluss von Debatten vorgesehen. Gibt es Fragen zur Tagesordnung?

Marcel Hafke (FDP): Dann mache ich das zur Tagesordnung.

Wir haben bisher immer gut zusammengearbeitet, und ich möchte in dieser Runde eigentlich nur zu Protokoll geben, dass ich schon fassungslos und erschüttert bin, dass wir für diese beiden Tagesordnungspunkte, die die SPD beantragt hat, zusammenkommen, obwohl der Minister am Wochenende noch in einer Telefonkonferenz angeboten hat, alles bilateral und persönlich in Telefonschalten zu klären.

Wir müssen heute faktisch keine Beschlussfassung mit Relevanz für die Coronasituation vornehmen. Im Moment verlangen wir vielen Menschen Unglaubliches ab, weil ihre Arbeit für die kritische Infrastruktur zwingend notwendig ist. Allen anderen sagen wir aber, dass Sozialkontakte zu vermeiden sind, wenn sie nicht zwingend notwendig sind. Deswegen will ich auch an die SPD appellieren, dass wir wirklich nur zu Sitzungen zusammenkommen, wenn es anders wirklich nicht möglich ist.

Aus Sicht der FDP und auch aus meiner ganz persönlichen Sicht wäre für die Dringliche Frage und die Aktuelle Viertelstunde eine andere Vorgehensweise als die heute gewählte möglich gewesen. Der Minister hat angeboten, diese zu Recht offenen Fragen auf anderem Wege zu diskutieren, wie es im Zeitalter der Digitalisierung auch möglich ist.

Es ist mir wichtig, das zu Beginn zu sagen, damit wir uns für die kommenden Wochen auf Verfahren einigen und uns überlegen, wie wir mit der Situation umgehen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Herr Hafke, verstehe ich Sie dann richtig, dass Sie auf den Rest der Tagesordnungspunkte verzichten wollen?

Marcel Hafke (FDP): Da der Schaden jetzt angerichtet ist und wir hier sind, können wir die Dinge, die heute beschlossen werden müssen, auch beschließen – zwar ohne Debatte, aber wir könnten abstimmen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Deshalb habe ich ja im Vorfeld versucht, die Obleute davon zu überzeugen, sich darüber zu verständigen, welche Tagesordnungspunkte wir zulassen und welche nicht.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): In der Tat treffen wir uns hier in Zeiten, die es in Deutschland in dieser Form noch nicht gegeben hat. Vor diesem Hintergrund ist natürlich auch das parlamentarische Arbeiten anders, als es zu regulären Zeiten der Fall war.

Wir setzen aber auch das klare Signal: Wir befinden uns zwar in einer krisenhaften Situation, aber die Krise geht nicht so weit, dass die Institution des Landtags nicht weiterarbeiten kann. Die Institutionen in Nordrhein-Westfalen funktionieren weiter.

Wir sind der Auffassung, dass der Landtag eine zentrale Institution ist und der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend von der Situation rund um Corona derart berührt ist, dass wir wahrscheinlich nach dem Gesundheitsausschuss einer der wichtigsten Ausschüsse im Parlament sind.

Wir tagen heute auch unter besonderen Bedingungen, wie der Krisenstab Pandemie des Landtags unter Beteiligung aller Fraktionen sie einstimmig beschlossen hat. Deshalb haben wir Fraktionsstärke vereinbart, und wir sitzen in einem großen Sitzungssaal und weit auseinander, um mögliche Infektionsgefahren auszuschließen. Damit setzen wir nicht nur die Empfehlungen des Krisenstabs um, sondern dieser hat wiederum auf der Basis der Empfehlungen des Robert Koch-Instituts entschieden. Von daher sehen wir es als verantwortungsvollen Umgang an, so miteinander zu verfahren.

Allein dadurch, dass wir hier im Raum entsprechende Abstände sicherstellen können, sind wir in einer Situation, in der viele andere Beschäftigte in diesem Land heute nicht sein können – man denke nur an die Supermarktkassiererinnen oder die Erzieherinnen, die jetzt in Notgruppen ihre Arbeit machen dürfen.

Wir haben Fragen, auf die wir zeitnah Antworten brauchen, und diese Antworten brauchen wir auch offiziell. Man kann das parlamentarische Verfahren nicht allein durch

informelle Runden ersetzen. Das ist ein gutes und wichtiges Zusatzangebot, aber es ersetzt den Parlamentsbetrieb nicht – auch nicht in schwierigen Zeiten.

Wir meinen außerdem: Es entspricht zwar der Geschäftsordnung, die Übertragung einer Sitzung im Livestream abzulehnen und damit die Öffentlichkeit und vor allen Dingen viele Journalisten, die nun auch Homeoffice-Regelungen haben, von der Sitzung ausschließen kann. Die Geschäftsordnung gibt das her. Allerdings hat der Krisenstab Pandemie sehr bewusst die Möglichkeit von Livestreams eröffnet, weshalb wir der Meinung sind, dass es heute keine schlüssige Begründung dafür gibt, dies abzulehnen.

Zur Tagesordnung ist unser Vorschlag, sich allein auf die coronarelevanten Themen zu konzentrieren.

Jens Kamieth (CDU): Ich will ausdrücklich Marcel Hafke beipflichten. Dazu, ob die Sitzung dringend parlamentarisch erforderlich ist: Ich glaube, das ist auch etwas, was der Vorsitzende prüfen könnte, ob etwas vor diesem Hintergrund tatsächlich beraten wird oder nicht. Ich glaube noch nicht einmal, dass das unter die Entscheidungsbefugnisse der Obleute fällt, sondern wenn der Landtag sich einstimmig Regularien gegeben hat, müsste nach meinem Verständnis der Vorsitzende überlegen, ob es parlamentarisch dringend erforderlich ist oder nicht.

Nun sitzen wir hier. Ich persönlich finde es falsch. Ich sage das auch gerne mit Blick auf eine kommunale Diskussion, die wir im Moment wegen der Absage einer Versammlung führen, welche aus Sicht einiger etwas zu spät gekommen ist. Die Bevölkerung ist im Moment höchst sensibilisiert, und sie erwartet von uns meiner Wahrnehmung nach in erster Linie, dass wir das umsetzen, was das Robert Koch-Institut zu Recht immer wieder sagt. Auch unser Ministerpräsident und unser Minister sagen das immer wieder, und gestern Abend sagte es auch die Bundeskanzlerin sehr deutlich. Deswegen hätten wir uns dem eigentlich auch anschließen sollen.

Wenn wir uns nach den Empfehlungen der Landtagskommission verhalten wollen, dann rate ich dringend dazu, nicht darüber zu diskutieren, wie wir irgendwelche Anhörungen durchführen wollen. Dafür dürfte in der Bevölkerung wirklich gar kein Verständnis bestehen. Wenn dann dieses Protokoll mal nach außen dränge, würde man uns am Nasenring durch die Manege ziehen. Das sollten wir uns ersparen.

Die Beratung dieser ersten beiden Tagesordnungspunkte sollte daher meiner Meinung nach heute das Maximum sein.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich will darauf hinweisen, dass der Krisenstab des Landtags eindeutige Regelungen für die Ausschusssitzungen formuliert hat. Darin stand nicht, dass keine Ausschusssitzungen stattfinden. Wäre das eindeutiger gewesen ...

Ich werde als Vorsitzender – und zwar völlig unabhängig davon, ob ich einer regierungstragenden Fraktion oder der Opposition angehöre – politische Bedürfnisse, Nachfragen usw. sicherlich nicht verhindern. Auch wenn andere Fraktionen Nachfragen haben und sagen, dass sie dafür eine Sitzung für nötig halten, würde ich mich

dem nie in den Weg stellen. Das gehört meiner Meinung nach zum vernünftigen Umgang miteinander dazu.

Josefine Paul (GRÜNE): Ich bin der Meinung, dass es richtig gewesen ist, dass der Krisenstab deutlich gemacht hat, dass das Parlament weiterhin tagt. Natürlich wird es das in besonderer Form und der Lage angemessen tun, aber es ist auch in solchen Zeiten wichtig, dass das Parlament zeigt, dass es nicht sozusagen als erstes von Bord geht. Wir sind weiter handlungsfähig, und wir sind natürlich weiterhin dort, wo Verantwortung übernommen werden muss.

Wir tun dies im Übrigen im engen Schulterschluss mit der Regierung und den regierungstragenden Fraktionen. Es ist nun in der Tat nicht die Zeit, sich politisch über Kleinigkeiten auseinanderzusetzen, sondern wir müssen gemeinsam schauen, wie wir diese Herausforderungen bewältigen können.

Vor diesem Hintergrund bin ich dem Minister sehr dankbar, dass Sie es kurzfristig eingerichtet haben, am vergangenen Wochenende eine Telefonkonferenz zu machen, um uns über die ersten Schritte, die Sie und Ihr Haus eingeleitet haben, zu informieren. Ich würde Ihr Angebot an uns gerne aufnehmen, es auch weiterhin so zu halten und wäre Ihnen dafür sehr dankbar.

Denn in der Tat sind auch noch Entscheidungen zu treffen, die eine große Tragweite haben und die viele Menschen in diesem Land bewegen. Da sollten wir beieinander bleiben, und ich glaube, es besteht auch schon große Einigkeit. Dementsprechend wäre ich sehr dankbar dafür, wenn Sie uns weiterhin kurzfristig und in relativ kurzen Abständen informieren würden. Wir wollen damit nicht den Betrieb lahmlegen, sondern wir wollen einfach informiert sein, damit wir gemeinsam wiederum die Bevölkerung informieren können.

Vor diesem Hintergrund hätte ich auch zugestimmt, heute nicht physisch zu dieser Sitzung zusammenzukommen. Davon unberührt ist, dass das Parlament natürlich weiterhin das Recht hat und haben muss, physisch zu tragen. Ich halte es für richtig, auch den Plenartag in der übernächsten Woche – so die Situation so bleibt – aufrechtzuerhalten. Denn sollten weitreichende Beschlüsse, wie sie sich beispielsweise mit finanzieller Relevanz schon abzeichnen, gefasst werden müssen, muss selbstverständlich das Parlament damit befasst sein. Das funktioniert in der Tat – da bin ich bei Dennis Maelzer – nicht in einer Telefonschleife.

Nichtsdestotrotz: So relevant die Information zu den heutigen Punkten ist – und ich will noch einmal sehr deutlich unterstreichen: Es ist für uns alle relevant, dass wir informiert sind –, glaube ich nicht, dass es dafür zwingend notwendig gewesen wäre, sich heute physisch zu treffen.

Jetzt sind wir hier und sollten diese beiden ersten Punkte dann auch miteinander besprechen. Allerdings sollten wir die Tagesordnung wirklich auf diese Punkte begrenzen. Wir hätten sonst noch einige Verfahrensabsprachen zu treffen. Da könnten wir aber höchstens sagen, dass wir irgendwann mal ein geordnetes Verfahren machen, wenn wir uns wieder in Zeiten befinden, in denen geordnete Verfahren laufen können.

Die eindringliche Bitte ist also: Informieren Sie uns weiter, und dann sollten wir uns in der Tat kurzfristig unter den Obleuten verständigen, wie die Zusammenarbeit in diesem Ausschuss laufen soll.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Das sollten wir immer tun. – Dann halte ich fest: Wir haben heute die Dringliche Frage und die Aktuelle Viertelstunde zu beraten. Das sind die beiden Tagesordnungspunkte, die sich um das Thema „Corona“ drehen. Wenn es dazu keinen Widerspruch gibt, würden wir alle weiteren Tagesordnungspunkte auf folgende Sitzungen verschieben. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Der Ausschuss kommt überein, lediglich die Dringliche Frage sowie die Aktuelle Viertelstunde – jeweils beantragt von der Faktion SPD – zu beraten und alle weiteren Tagesordnungspunkte zu vertagen.

1 Dringliche Frage gemäß § 59 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])

in Verbindung mit:

Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Üblicherweise kann der Antragsteller bei einer Dringlichen Frage dreimal nachfragen, jede weitere Fraktion hat zwei Nachfragen. Wir schauen mal, wie das Ganze verläuft. Denn wenn wir schon hier sind, sollte man es meiner Meinung nach nicht daran scheitern lassen, dass irgendeine Frage übrig bleibt. – Das natürlich mit Ihrem Einverständnis.

(Marcel Hafke [FDP]: Ich würde erst mal nach den Regularien verfahren wollen!)

– Dann schauen wir erst einmal, wie es läuft, und dann kommen wir sicherlich gemeinsam zu einem Ergebnis.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Zunächst einmal möchte ich als Kinderminister den Sohn von Jens Kamieth ganz herzlich begrüßen. Ich finde es ganz toll, dass dein Papa vorbildlich ist und sich selbst um deine Betreuung kümmert. Das ist etwas, was für uns ganz wesentlich im Vordergrund steht.

Ich möchte zweitens mein völliges Unverständnis für diese Präsenzsitzung äußern. Es ist mir unbegreiflich, warum man in einer Situation, in der wir 24 Stunden am Tag darum bitten, jeden vermeidbaren Sozialkontakt zu unterlassen, auf einer Sitzung besteht, die wir ohne Probleme als Telefonschalte hätten durchführen können. Wir tagen im Kabinett seit bereits drei Sitzungen über Telefonschalten. Das funktioniert.

Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich bin da fassungslos. Man muss ja auch sehen, dass es nicht nur um mich geht, der ich auch nur für diesen Termin von Bonn nach Düsseldorf gefahren bin, sondern es geht um die Mitarbeiter des Sitzungsdokumentarischen Dienstes, es geht um das Ausschussprotokoll, es geht um all diejenigen, die zu dieser Sitzung anreisen müssen und dementsprechend Sozialkontakt haben. Da muss man sich mal selbst hinterfragen, ob das für das persönliche politische Ego notwendig ist oder nicht.

Nun zu den Maßnahmen. Ich habe bereits am Sonntag in der Telefonschalte angeboten und angekündigt, dass wir zu jedem gewünschten Zeitpunkt eine solche Telefonschalte wiederholen können. Wir werden das auch von unserer Seite anbieten, sobald es deutliche Veränderungen und Mitteilungsbedarf gibt. Ich würde aber auch jederzeit auf Wünsche der Obleute reagieren, eine solche Schalte durchzuführen – auch unabhängig von der Uhrzeit und vom Wochentag.

Wir haben intensiv beraten und sind in enger Abstimmung mit dem Schulministerium. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass für uns die ganz große Herausforderung ist, für Berufstätige, die in Berufen arbeiten, die für uns in dieser Zeit im wahrsten Sinne

des Wortes überlebensnotwendig sind, die Betreuung der Kinder sicherzustellen. Weil wir umgekehrt vor der großen Herausforderung stehen, Infektionsketten zu durchbrechen, haben wir uns dazu entschieden, den Weg zu wählen, über das Infektionsschutzgesetz für Eltern und Kinder ein Betretungsverbot in den Kindertageseinrichtungen und in der Tagespflege auszusprechen, ganz bewusst nehmen wir davon aber die systemkritischen Berufe aus, sofern beide Eltern in diesem Bereich tätig sind.

Wir stehen dabei auch vor der großen Herausforderung, dass die Situation in der Praxis momentan leider so aussieht, dass bei Doppelverdienern zum Beispiel die halbtags beschäftigte Krankenschwester, deren Mann Vollverdiener ist, zu Hause bleibt. Das ist eine Entwicklung, mit der wir uns in den nächsten Tagen auseinandersetzen werden. Ich habe Ideen, wie man hier möglicherweise zu Veränderungen kommen kann, aber die absolut wichtigste Prämisse ist natürlich, dass in den Gesundheitsberufen alle zur Verfügung stehenden Kräfte so umfangreich wie möglich zur Verfügung stehen.

Wir hören alarmierende Meldungen aus Norditalien, wo – ich habe das gestern in der Öffentlichkeit ganz bewusst so gesagt, weil ich den Eindruck habe, dass es bei vielen noch nicht angekommen ist – Menschen auf den Krankenstationen verrecken, weil keine Beatmungsgeräte mehr da sind. Wir haben mittlerweile Meldungen aus beispielsweise Elsass-Lothringen, wo man knapp davor ist, in eine ähnliche Situation zu kommen. Wir wissen, dass es erste Kliniken in Deutschland gibt, die sich bereits im Umkreis umhören, weil sie Sorge haben, in absehbarer Zeit in eine ähnliche Situation zu kommen. Und wir sind erst am Anfang der Entwicklung.

Deswegen ist es unser aller Aufgabe, dafür zu sorgen, Infektionsketten zu unterbrechen. Ich habe deshalb versucht, über alle Kanäle in den Medien – sowohl den neuen als auch den traditionellen – zu kommunizieren, dass wir den Eltern mit der Regelung in dieser Situation unglaublich viel abverlangen, es aber nicht zu Ausweichhaltungen kommen darf, dass private Initiativen in der Nachbarschaft gegründet werden, wo wechselseitig größere Kindergruppen betreut werden. Das ist uns ganz wichtig. Wir müssen zusehen, dass es in den Betrieben nicht dazu kommt, dass Studierende, deren Semester später beginnt, herangezogen werden, um kurzfristig kleine, improvisierte Betriebskitas zu gründen. Auch da entstehen neue Infektionsmöglichkeiten. Dazu gibt es übrigens auch intensive Gespräche seitens des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie mit den Unternehmensverbänden, damit diese in ihren Kanälen intensiv darauf hinweisen.

Wir haben im Erlass klar angesprochen – ich glaube, das ist für die Systematik wichtig –, dass die Erzieherinnen und Erzieher zunächst alle den Dienst antreten sollen, damit wir die Betreuungsstrukturen, wie die Kitas sie darstellen, aufrechterhalten können. Das gilt analog für die Tagespflege. Damit machen wir auch nicht den Fehler, in den neue Notgruppen einzurichten, in denen Kinder gemischt werden und damit neue Infektionsmöglichkeiten auf den Weg gebracht werden.

Wir wissen von den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ministerium für Schule und Bildung, dass dort ein ganz anderes Feedback eingeht, weil es bei Schulen eine ganz andere Systematik gibt. Das macht es für Schule an dieser Stelle in einigen Punkten im Moment etwas einfacher, weil direkt in die Schulen kommuniziert werden kann. Bei

den Kitas gibt es die kommunale Selbstverwaltung, und wir haben die Trägervielfalt. Das ist bei uns so ohne Weiteres deshalb nicht möglich.

Ich kann aber sagen, dass wir intensiv daran arbeiten, ein möglichst präzises Lagebild zu erhalten. Das wird natürlich von Tag zu Tag mehr, und wir sind in engem Austausch mit all den unterschiedlichen Trägern. Das, was wir bisher als Rückmeldung haben, deckt sich mit dem, was auch das Schulministerium sagt: Die Eltern gehen sehr gut mit der Situation um. Für dieses sehr verantwortliche Verhalten gilt ihnen ein großer Dank. Das ist jedenfalls das, was wir bisher mitbekommen haben, und die Fallzahlen liegen in einem ähnlichen Bereich wie in den Schulen.

Wir wissen aber auch, dass wir gerade an großen Standorten beispielsweise von Universitätskliniken vor Herausforderungen stehen. Dort müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie wir in einer kritischen Situation auch am Wochenende die Kinderbetreuung sicherstellen. Denn es ist wichtig, dass wir die systemkritischen Berufe und dabei insbesondere den Gesundheitsbereich auch am Wochenende arbeitsfähig halten und für den Arbeitseinsatz in Reserve haben. Dazu wird es auch notwendig sein, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie wir im Rahmen der Feiertagsregelungen über Ostern, aber eben auch an den Wochenenden Betreuungsmöglichkeiten sicherstellen. Das ist eine Herausforderung, die sich im Schulministerium ähnlich stellt.

Für uns ist das ein ganz wichtiger Punkt gewesen, und ich bin sehr froh, dass die kommunalen Spitzenverbände in den gemeinsamen Beratungen sehr kooperativ bezüglich der Fortfinanzierung von Kitas und Tagespflege waren. Wir alle wissen, dass das immer auch ein hartes Ringen ist, weil die unterschiedlichen Ebenen natürlich auch unterschiedliche Interessen haben. Wir haben uns darauf verständigt, dass wir das System unabhängig davon, wie viele Kinder tatsächlich kommen oder ob überhaupt Kinder kommen, vollumfänglich finanziell aufrechterhalten, damit wir genau diese Struktur weiter vorhalten können, sodass die systemkritische Berufe ihre Kinder auch versorgt wissen.

Ich bin der Meinung, das ist auch ein ganz wichtiges Zeichen an die Tagespflegepersonen, von denen wir wissen, dass sie in der Regel nicht diejenigen sind, die in Geld schwimmen. Sie sind darauf angewiesen, dass man sehr sensibel mit dieser Frage umgeht.

Wir wissen, dass der Wegfall von Betreuungsmöglichkeiten für diejenigen, die nicht in den systemkritischen Berufen arbeiten, zum Teil brutale Konsequenzen hat. Ich denke hier insbesondere an die Alleinerziehenden und an Selbstständige. Wir stehen hierzu in einem engen Austausch mit dem Bund, und ich bin sehr froh, dass es seitens der Bundesregierung ganz klare Pläne gibt, insbesondere Alleinerziehenden, aber auch Selbstständigen helfen zu wollen.

Was all die wirtschaftlichen Komponenten angeht, wird es heute im Laufe des Tages sicherlich ganz erhebliche Zusagen der Landesregierung hinsichtlich Hilfsprogrammen geben. Auch das wird sicherlich vielen die Situation erleichtern, um in den Betrieben großzügigere Urlaubs- und Freistellungsregelungen treffen zu können.

Ich kann auch hier in der Runde nur an alle appellieren, die möglicherweise selber schauen können, wo sie in ihrem Umfeld helfen und eine starke Schulter bieten können. Ich habe deshalb – ich will mich damit nicht rühmen, weil ich finde, dass es eher eine Selbstverständlichkeit ist – meiner Haushaltshilfe bis Ende April erst einmal einen bezahlten Sonderurlaub gegeben. Und ich bin der Meinung, dass alle, die es finanziell leisten können, eigentlich auch eine moralische Verpflichtung haben, so etwas zu tun.

Wir müssen nun also schauen, wie wir alle Solidarität üben können. Ich bin der Meinung, dass wir auch ganz anders an Nachbarschaften appellieren müssen, was den Umgang mit der älteren Generation angeht. Früher war die Zusammensetzung noch etwas anders, da gab es hier in diesem Bereich noch die Zuständigkeit für Senioren. Wir haben aber eine ganz große Verantwortung dafür, dass die Kinder in der Kinderbetreuung jetzt nicht bei den Senioren landen.

Dabei haben wir es übrigens nicht nur in erster Linie mit den Egoisten oder der Verzweiflung von Eltern zu tun, sondern – das sage ich aus eigener familiärer Erfahrung – auch mit der Uneinsichtigkeit der älteren Generation. Es gibt dort die völlige Fehlannahme nach dem Motto: Wir haben unser Leben gelebt. Wenn uns etwas passiert, ist das doch nicht so schlimm, wie wenn sich andere anstecken.

Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir immer weiter kommunizieren; denn dass bei der jüngeren und mittleren Generation der Krankverlauf zumindest in den allermeisten Fällen eher beherrschbar und harmlos ist und es dafür bei den Älteren zu den ganzen schweren Fällen und damit zur Überlastung des Gesundheitssystems kommt, ist der Generation bis heute nicht richtig erklärt worden. – Ich hätte mir das übrigens gestern Abend auch in der Ansprache der Bundeskanzlerin gewünscht. Ich meine, da hätte man an der einen oder anderen Stelle konkreter werden können, so gut ich die Tonlage auch fand. Ich glaube, dass es nach wie vor auch ein unglaubliches Defizit an Wissen in der Bevölkerung gibt.

Das gilt umgekehrt auch für die mittlere und jüngere Generation im Umgang mit dem sogenannten Social Distancing. Nach wie vor haben viele nicht verstanden, wie aggressiv die Übertragungswege dieses Virus sind und wie wichtig es ist, den notwendigen Abstand tatsächlich einzuhalten. Das alles sind Herausforderungen, auf die wir permanent reagieren müssen.

Ich komme damit zu einem weiteren Punkt, den ich ansprechen möchte. Es gab die Vereinbarung von Bund und Ministerpräsidenten zu dem Maßnahmenkatalog. Wir hatten als Kabinett schon vorher, am Sonntagmorgen, Umfassendes beschlossen. Wir hatten uns dazu entschieden, dass wir die Spielplätze zunächst offen halten wollen, um gerade in den dicht bebauten Gebieten Kindern die Möglichkeit zu bieten, sich ein bisschen an der frischen Luft zu bewegen.

Die Übertragung des Virus über die Spielgeräte selbst wird von den Virologen als eher gering eingeschätzt. Ich habe mich speziell zu diesem Thema mit mehreren Virologen ausgetauscht. Deswegen war unsere Intention zunächst, in dieser Situation die Spielplätze in den großen Mietblöcken als Ventil geöffnet zu lassen. Wir haben aber bereits am Sonntagnachmittag und dann fortgesetzt am Montagvormittag erlebt, dass die Spielplätze total überfüllt sind. Teilweise wird dort gemeinsam gepicknickt oder sogar

gemeinsam gegrillt. Deshalb haben wir gesagt, dass wir auch an dieser Stelle einen kategorischen Cut machen müssen.

Wir haben auch noch am Montagvormittag intern in der Landesregierung ganz intensiv diskutiert, ob man bestimmte Ausnahmen für bestimmte Quartiere macht, um dort möglicherweise unter Aufsicht öffnen zu können. Wir haben dann aber gesagt: Wenn wir das machen, ist eine differenzierte Position einfach nicht mehr vermittelbar, weil die Kommunikation bei dem Thema so schwer ist. Deswegen haben wir uns entschlossen, einen kompletten Cut zu machen.

Wir müssen nun zusehen, dass wir es in der Praxis tatsächlich so durchsetzen. Das ist sehr schwer, und wir wissen, dass die Kommunen mit ihren kommunalen Ordnungsdiensten nur begrenzte Möglichkeiten haben. Wir wissen auch, dass es in einer so sensiblen gesellschaftlichen Phase natürlich schwierig ist, die Polizei mit Streifenwagen auf Familien loszulassen, die Spielplätze benutzen, welche vielleicht nicht gut sichtbar gesperrt sind. Das ist alles eine ganz sensible Frage.

Was daher beim Umgang mit der Krise wichtig ist: Wir müssen informieren, und wir müssen – möglicherweise auch in drastischer Sprache – darauf hinweisen, welche Konsequenzen drohen, wenn wir uns nicht an die Spielregeln halten. Da haben wir alle eine gemeinsame Verantwortung.

Ich will ausdrücklich sagen: Ich bin der festen Überzeugung, dass es, wenn am heutigen, am morgigen Tag und vielleicht noch am Samstag gesamtgesellschaftlich nicht eine wirkliche und deutliche Veränderung des Sozialverhaltens eintritt, weitere Maßnahmen geben wird. Und dann wird es auch Ausgangssperren geben. Das wird sich gar nicht mehr aufhalten lassen.

Eine Ergänzung möchte ich noch machen. Es wird immer wieder die Frage an mich herangetragen, warum wir nicht Ausgangssperren beschließen. Wir sind in ganz engem Austausch mit Virologen und unter anderem den Wissenschaftlern vom Robert Koch-Institut. Und vor allem sind wir im Austausch mit den anderen Bundesländern und auch mit der Bundesregierung. Ich habe gestern die Kollegin Giffey kontaktiert und um eine Schalte unter den Jugendministern gebeten. Das hat sie mir auch für den laufenden Tag versprochen. Meiner Meinung nach ist es wichtig, dass wir uns über Best Practices und über das, was nicht funktioniert, zwischen den Länderkollegen austauschen, auch wenn die rechtlichen Situationen, wie wir alle wissen, in den Ländern unterschiedlich sind. Zum Beispiel so etwas wie der Umgang mit Spielplätzen ist etwas, worüber man sich austauschen muss.

Wir stehen also in engem Austausch, und es gibt die klare Verabredung zwischen Bund und Ländern, dass Ausgangssperren gemeinsam auf den Weg gebracht werden und nicht einer einzeln vorpreschen soll.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Wir kommen nun zu den drei Nachfragen der Antragsteller und zwei Nachfragen für jede weitere Fraktion.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank, Herr Minister, für die Ausführungen. Ich möchte an dieser Stelle schon einmal ankündigen, dass ich in Bezug auf Ihre Einlassungen zu Beginn im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt eine persönliche Erklärung abgeben möchte.

Ich komme nun zu den Themenkomplexen, die wir vor der Sitzung benannt haben, weil sie uns wichtig sind, die in der Erklärung jetzt aber nicht so intensiv zur Sprache gekommen sind.

Es geht um die Sicherheit für Beschäftigte. Da haben Sie angesprochen und gestern auch verkündet, dass die Mittel für OGS und Kita unabhängig von der Belegung weiterfließen. Damit haben Sie eine sehr wichtige Botschaft vermitteln können. Das war eine Frage, die wir zu Beginn der Woche an das Ministerium gerichtet haben, weil man sowohl seitens der Kitas als auch seitens der Kommunen auf uns zugekommen ist. Die Sicherheit von Beschäftigten war also ein wichtiger Punkt.

Auch in anderen Zusammenhängen sind Beschäftigte jetzt aber in einer unsicheren Situation. Das gilt beispielsweise für den Bereich der nicht klassisch refinanzierten Tätigkeiten in einer Kita – beispielsweise Kochkräfte, die in Form von Mischfinanzierungen finanziert werden –, aber auch für den gesamten Komplex der Jugendarbeit, die Mittel aus dem Kinder- und Jugendförderplan bezieht und wo die Auszahlung der Mittel daran gebunden ist, dass Projekte auch durchgeführt werden. Welche Botschaften haben Sie für die Beschäftigungssicherheit dieser betroffenen Personengruppen – zum Teil sind es ja auch Honorarkräfte –, sodass man ihnen ähnlich wie den regulär in Kita oder OGS Beschäftigten Sorgen nehmen kann?

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Herr Minister, sollen wir die Fragen erst einmal sammeln, oder wollen Sie schon antworten?

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Ich würde vorschlagen, dass wir die Fragen sammeln. Umgekehrt wollen wir aber auch so fair sein, dass noch weitere Nachfragen gestellt werden können, wenn der Eindruck entsteht, dass wir etwas noch nicht vollständig genug beantwortet haben.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Der zweite sehr zentrale Themenkomplex ist aus unserer Sicht der Bereich des Kinderschutzes. Wir haben Mails von teilstationären Einrichtungen erhalten, die gefragt haben, ob man sie im ersten Erlass vergessen hat; sie hätten doch auch Beschäftigte, die zu Risikogruppen gehören. Die Frage war, was die Abwägung dabei war.

Meine Einschätzung war, dass die Abwägung ist, dass der Kinderschutz an dieser Stelle im Mittelpunkt steht und wir beispielsweise teilstationäre Einrichtungen aufrechterhalten müssen. Aber das ist ja ein großer Komplex: Kinderschutz, Hilfen zur Erziehung, ASD, KSD. Wie soll in diesen Zeiten sichergestellt werden, dass der Kinderschutz weiter funktioniert und das Personal arbeiten kann? Welche Handreichungen soll es da geben?

Der dritte Punkt ist die Frage der Elternbeiträge. Dieses Thema hat gestern in der Pressekonferenz auch eine Rolle gespielt, und es ploppt jetzt in vielen Kommunen auf. Ich habe Sie gestern so interpretiert, dass Sie gesagt haben, dass das nun nicht die Frage dieser Zeit ist. In vielen Kommunen, die nun an vorderster Front stehen, um diese Krise zu bewältigen, ist das aber eine ganz zentrale Frage. In welche Richtung soll es da gehen, um den Eltern die Beiträge zu erlassen?

Teilweise ist die Situation ja so, dass Kommunen gar nicht wissen, ob sie solche Beschlüsse herbeiführen dürfen, weil sie beispielsweise in Haushaltssicherung oder im Nothaushalt sind. Was für Hinweise wird es da in Richtung der Kommunen geben?

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Ich werde mit den Antworten beginnen, und unser Abteilungsleiter, Herr Dr. Weckelmann, wird ergänzen.

Alles, was wir tun, ist natürlich permanent im Fluss. Wir müssen jeden Tag nachsteuern, und wir werden auch regelmäßig Erlasse anpassen müssen. Gegebenenfalls müssen wir Erlasse auch in ihrer Ausrichtung etwas verändern. Ich kann nur alle davor warnen, das dann irgendwie als Zickzackkurs oder so etwas darzustellen. Wir müssen einfach in einer Situation, für die es kein Drehbuch gibt, sehr genau im Blick haben, was die richtige Steuerung ist. Und wir müssen eben einfach auch beachten, wie die Menschen reagieren. Das wird eine ganz große Herausforderung sein.

Wir teilen die große Sorge, dass alles, was jetzt an Maßnahmen gilt, zu Schwierigkeiten im Bereich des Kinder- und Jugendschutzes führen kann. Wir müssen sehen, wie wir mit den entsprechenden Einrichtungen umgehen. Wir haben auch noch nicht für alle Fragen die entsprechenden Antworten, aber Herr Dr. Weckelmann kann gleich auch noch ein bisschen ausführlicher darstellen, welche Überlegungen es hier gibt.

Auch wenn es einen etwas anderen Bereich betrifft, kann ich etwas zur Einstufung der systemkritischen Berufe sagen. Wir hatten beispielsweise die Frauenhäuser nicht auf der Liste, und da fand ich es ganz stark, dass die Landesvorsitzende der Grünen mich in einer Privatnachricht darauf hingewiesen hat. Wir haben das entsprechend eingefügt. Das ist meiner Meinung nach ein guter Weg der Kommunikation.

Für uns ist natürlich wichtig, darauf zu achten, dass bei all den Maßnahmen, die zwingend notwendig sind, die ganz sensiblen Gruppen nicht hinten runterfallen. Das gilt für gefährdete Kinder und Jugendliche, und das gilt auch für Jugendliche mit Handicaps. Eine große Frage ist auch, wie wir mit den Werkstätten umgehen, bei denen ebenfalls Betretungsverbote gelten. Wir haben den Trägern aber auch gesagt: Wenn es Fälle gibt, bei denen ihr eine Notwendigkeit seht, dann gibt es auch die Möglichkeit, Ausnahmen zu gestalten. Das alles ist ein hochsensibles Feld, was übrigens auch im Zusammenhang mit der Frage, weshalb wir nicht den kompletten Shutdown machen, eine große Rolle spielt. Was ist dann mit all diesen sehr vulnerablen Personen?

Zu den Elternbeiträgen: Ich habe gestern signalisiert, dass wir natürlich darüber diskutieren und überlegen, wie wir mit dieser Frage umgehen. Ich habe aber auch gesagt, dass das an Tag drei – heute sind wir an Tag vier – nicht das entscheidende Thema ist. Ich weiß, dass es für die Kommunen vor Ort eine große Herausforderung darstellt, aber ich wollte einfach im Zusammenhang mit der Notwendigkeit der Unterbrechung

von Infektionsketten klarstellen, wo die Priorität liegt. Natürlich stehen wir aber auch über diese Fragen mit den kommunalen Spitzenverbänden in einem permanenten Austausch. Es ist dann ja auch alles eine Frage der Konnexitätsrelevanz.

Jedem muss klar sein: Wir werden uns jetzt über Summen unterhalten, die wir uns alle wahrscheinlich noch vor einer Woche nicht vorstellen konnten. Dementsprechend sind all diese Dinge natürlich nicht unabhängig voneinander zu diskutieren. Wichtig ist aber doch vor allem, jetzt dafür zu sorgen, dass niemand vor Ort aufgrund finanzieller Belastungen in eine existenzielle Notlage gerät.

Wenn jemandem beispielsweise als Selbstständigem Einnahmen wegfallen, müssten im Zweifel in der Kommune auch keine Elternbeiträge mehr gezahlt werden, weil man in der Beitragstabelle plötzlich in ganz andere Bereiche fällt. Das wird aber natürlich – das wissen wir auch – in den Kommunen nicht sofort angepasst. Dementsprechend müssen wir schauen, welche Regelungen wir hier finden können.

Ich kann nur sagen, dass wir jeden Tag daran arbeiten, im Dialog mit den Kommunen Möglichkeiten zu finden, wie wir mit der Thematik umgehen. Ich kann Ihnen aber auch am heutigen Tag noch keine abschließende Position anbieten.

Das sagte ich ja auch zur Frage von Doppelverdienern, bei denen die Person mit dem systemkritischen Beruf, die wir unbedingt brauchen, momentan zu Hause bleibt, weil die Doppelverdienerstruktur in der Partnerschaft entsprechend veranlagt ist. Das ist für uns ein Problem. Ich habe dazu gestern bei Phoenix gesagt, dass wir auch mal über männliches Rollenverständnis nachdenken müssen und man von bestimmten Rollenbildern mal wegkommen muss. Männer, die gesellschaftlich ja immer noch eher dazu erzogen sind, sich für grundsätzlich systemrelevant zu halten, könnten vielleicht doch mal gucken, ob nicht möglicherweise die Partnerin, die als Krankenschwester oder als Pflegekraft

(Josefine Paul [GRÜNE]: Oder als Ärztin!)

oder als KassiererIn an der Einzelhandelskasse arbeitet, im Moment systemrelevanter ist als – ich überspitze das mal – der Berater von Boston Consulting. Das ist in der aktuellen Phase jedenfalls mal so, und da muss vieles mal hinterfragt werden. Es müssen Rollenbilder hinterfragt werden. Viele Dinge, die sich eingefahren haben, sind in dieser Ausnahmesituation eben nicht mehr so wie zuvor. Das ist etwas, was wir klarmachen müssen.

Ich will jetzt nicht mit langen Ausführungen den Betrieb zu lange aufhalten, aber um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Wir arbeiten daran, dass wir im Kinderschutz Regelungen schaffen. Dazu wird gleich Herr Dr. Weckelmann noch ergänzen. Bei den Beiträgen stehen wir mit den kommunalen Spitzenverbänden im Dialog, es gibt zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nichts zu verkünden.

Es hängt auch noch ein bisschen davon ab, was jetzt vom Bund an Rettungsschirmen für die einzelnen Betroffenen Berufsgruppen usw. kommt. Je nachdem, wie stark eine Alimentierung bestimmter Gruppen ausfällt, gibt es einen größeren oder einen geringeren Handlungsbedarf. Aber das muss man jetzt von Tag zu Tag anpassen.

Möglicherweise machen wir auch dazu am Wochenende noch einmal gemeinsam eine Schalte, sobald wir ein bisschen sprechfähiger sind. Das könnte zum Beispiel der Fall sein, nachdem ich den Austausch mit Frau Giffey hatte; denn sie wollte auch etwas darüber berichten, was in diesem Bereich vom Bund geplant ist.

LMR Dr. Thomas Weckelmann (MKFFI): Ergänzend zu den Ausführungen unseres Ministers kann ich Ihnen noch sagen, dass natürlich grundsätzlich die Maßnahmen im Bereich des Kinderschutzes weitergeführt werden sollen. Wir können das allerdings von Landesseite nicht so einfach verfügen, weil es sich in der Regel um Absprachen auf der kommunalen Ebene zwischen den Jugendämtern und den Trägern handelt. Mit denen sind wir aber im intensiven Austausch.

Was der Minister auch schon ausgeführt hat: Am Ende geht es immer auch um die Abwägung zu möglichen Infektionsrisiken. Grundsätzlich sind wir aber schon der Meinung, dass insbesondere die Schließung einer Einrichtung das Kindeswohl gefährden kann und insofern davon abzuraten ist. Eine generelle Empfehlung können wir an dieser Stelle aber nicht geben. Wir können Ihnen nur versichern, dass wir mit den einzelnen Jugendämtern im intensiven Austausch stehen. Das gilt natürlich auch im Hinblick auf die Kindertageseinrichtungen und auch in anderen Bereichen, in denen es sinnvoll ist, dass der Kinderschutz weiterhin gewährleistet ist.

Zum Themenkomplex des Kinder- und Jugendförderplans stehen wir ebenfalls in einem intensiven Austausch. Man muss dazu natürlich wissen, dass gerade so etwas wie Entgeltverordnungen auf der kommunalen Ebene ausgehandelt ist. Das wird dann zwischen den Trägern und den einzelnen Jugendämtern zu klären sein. Was unsere Mittel betrifft, gehe ich aber davon aus, dass wir eine ähnliche Lösung finden wie im Kitabereich. Dazu finden aber, wie gesagt, aktuell noch Auseinandersetzungen statt.

Josefine Paul (GRÜNE): Ich will noch einmal sehr deutlich machen, wie wichtig in diesen Zeiten auch Opferschutzeinrichtungen und Opferschutzstrukturen sind. Herr Minister, Sie haben es erwähnt: Unsere Landesvorsitzende hat Sie darauf hingewiesen, und ich habe auch die Gleichstellungsministerin darauf hingewiesen und ihr gestern noch einen Brief geschrieben.

Denn wenn man zum Beispiel die Frauenhäuser als Maßstab nimmt, ist die Situation schon jetzt durchaus als dramatisch zu bezeichnen. Schon jetzt sind nur noch wenige Plätze überhaupt offen. Wir haben schon jetzt die Situation, dass Frauenhäuser unter Umständen mit Versorgungsengpässen zu kämpfen haben. Was ist, wenn das Haus unter Quarantäne gestellt wird? Wie bekommen sie größere Mengen an Lebensmitteln in Zeiten, in denen Lebensmittelhändler zu Recht sagen, dass man nicht die großen Gebinde rausschleppen kann? Das gilt auch für Desinfektionsmittel.

Nicht nur Corona ist außerdem eine relevante Frage, sondern es gibt auch weiterhin andere Erkrankungen, die Menschen, die eng zusammenleben, betreffen. Das alles sind Fragen, die dringend geklärt werden müssen, weil leider zu befürchten steht, dass eine Situation, in der die Menschen auch im familiären Kontext dichter beieinander sind, nicht unbedingt für alle gleichbedeutend mit einem sicheren Ort ist. Das wissen wir, und es steht leider zu befürchten, dass sich die Situation in manchen Familien in

Bezug auf Gewaltbetroffenheit von Frauen, aber auch in Bezug auf Gewaltbetroffenheit von Kindern jetzt zuspitzt.

Demensprechend wäre es aus meiner Sicht sehr wichtig, dass die kritische Infrastruktur noch einmal auf die Frage des Opferschutzes hin überprüft wird. Ich weiß, dass Sie das Thema mitgenommen haben, bislang sind die Strukturen des Opferschutzes auf dem Erlasswege aber noch nicht anders einbezogen worden. Das wäre ein ganz wichtiger Punkt, und ich habe die dringliche Bitte, das noch einmal mitzunehmen, weil es wirklich darum geht, diese Struktur für die Menschen aufrechtzuerhalten.

Ich habe dann noch eine konkrete Nachfrage an Sie. Es geht ja nicht nur um Schutzstrukturen und Zufluchten, sondern zu beachten ist auch, dass gegebenenfalls die Zahl der Inobhutnahmen steigen könnte. Wie soll das sichergestellt werden?

Es stellt sich außerdem die Frage des Informationsaustauschs und des Weitergebens von Informationen. Wohin kann man sich wenden? Welche Telefonnummern gibt es auch für Kinder und Jugendliche, die unter Umständen in einer Situation sind, in der sie sozusagen mit der Familie in der Wohnung eingesperrt sind? Wie können wir noch dabei unterstützen, dass es zum einen Informationen darüber gibt, wohin man sich wenden kann, und dass auch diejenigen, die an den Rechnern und an den Telefonen sitzen, tatsächlich dort arbeiten können? Dass Sie auch diese Strukturen unterstützen, wäre ein sehr wichtiger Punkt. Die Nachfrage an Sie wäre konkret: Sind Sie in dieser Hinsicht in Gesprächen?

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Ich habe da eine Nachfrage: Wen meinen Sie mit denjenigen, die an den Rechnern usw. sitzen? Das habe ich jetzt einfach nicht verstanden.

Josefine Paul (GRÜNE): Bei all den Beratungsstrukturen, die wir haben – Telefonhotlines, Onlineberatungen etc. – geht es ja nicht immer im ersten Schritt nur darum, dass man irgendwo physisch hingehen muss und eine Zuflucht braucht, sondern um eine Ansprechperson, mit der man über die Situation sprechen kann. Dieser Bedarf wird vermutlich leider zunehmen, da die Lage für viele Menschen angespannter wird.

Der weitere Punkt – Herr Kollege Maelzer hat es ja schon angesprochen – ist die Unterstützung von Familien und die Beitragsfrage. Ich würde darum bitten, dass wir dazu im Austausch bleiben, auch bezüglich des Austauschs mit der Bundesministerin Frau Giffey.

Ich weiß, dass auf Bundesebene sehr intensiv über die Frage von Lohnersatzleistungen gesprochen wird. Das wäre eine wichtige Entlastung für Familien, weil es sich eben nicht alle Familien leisten können, wochenlang in unbezahlten Urlaub zu gehen. Gleichmaßen muss man in diesem Kontext auch Beitragsentlastungen diskutieren, weil Familien unter Umständen auf einen erheblichen Teil ihres Haushaltseinkommens verzichten müssen, weil es kein Betreuungsangebot gibt. Möglicherweise müssen sie hohe Beiträge für eine Leistung zahlen, die nicht erbracht wird, und aus diesem Grund müssen sie selbst zu Hause bleiben.

Das sind Dinge, die wir miteinander sehr dringend besprechen müssen. Natürlich geht es in erster Linie darum, die Gesundheitsversorgung aufrechtzuerhalten. Dann geht es auch um die Wirtschaft, und ich bin sehr gespannt, was die Landesregierung dazu heute verkünden wird. Ganz konkret geht es aber eben auch darum, die Familien zu entlasten und zu prüfen, wie man auf Bundesebene für Lohnersatzleistungen sorgen kann. Auch auf Landesebene kann man schauen, ob es notwendig ist – ich glaube, es ist notwendig –, die Familien um die Beiträge zu entlasten.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Wir sehen uns das ganz genau an, darauf können Sie sich verlassen. Mich treibt die Situation gerade für die Selbstständigen extrem um. Ich kenne das auch aus dem eigenen Freundes- und Bekanntenkreis. Bei Gastwirten bei uns im Ort zum Beispiel ist das eine Katastrophe. Natürlich muss man dann eben sehen, wie es zum Beispiel mit den Elternbeiträgen aussieht.

Auch wenn es im Wortprotokoll steht, sage ich dazu jetzt aber mal ganz brutal: Unter den Menschen gibt es Anständige und Unanständige. Wir haben auch absolute Pfennigfuchser und andere Gesellen, die an Tag drei trotz eines Jahreseinkommens möglicherweise im sechsstelligen Bereich sofort mit folgender Argumentation kommen: keine Leistung, keine Zahlung. Denen ist es vollkommen egal, ob es die Notwendigkeit gesellschaftlicher Solidarität gibt oder nicht.

Deswegen habe ich gestern auch bewusst etwas härter intoniert, dass die Elternbeiträge an Tag drei nicht das Kernproblem sind. Ich habe das grundsätzlich auch immer mit einem Solidaritätsappell verbunden: Wir müssen gucken, wo die starken Schultern sind, die sich für die anderen mit einsetzen.

Für diejenigen, die in eine existenzielle finanzielle Krise kommen und für die es einen wirklichen Einschnitt in ihre Lebensführung bedeutet, brauchen wir ganz schnell Lösungen. Das ist uns auch klar. Ich muss auch ganz ehrlich sagen: Falls wir dann etwas mehr über den Konnex bezahlen müssen ... – Wir können uns über alles unterhalten. Es ist nicht so, dass wir da grundsätzlich etwas verweigern wollen.

Ich möchte nur umgekehrt auch nicht das falsche Signal aussenden, dass alles, was jetzt mit der Krise zusammenhängt, am Ende von Bund, Ländern und Kommunen alleine abgedeckt werden kann, sondern es gibt hier auch so etwas wie gesellschaftliche Solidarität. Es können auch nicht diejenigen sein, die als erstes ... – Ich kenne das auch aus meinem Ort. Ich könnte jetzt schon Namen derjenigen aufschreiben, die sich im Zweifelsfall als erstes gemeldet haben. Das sind nicht diejenigen, die eigentlich wirklich den Bedarf haben. Da muss man sehr genau hingucken.

Aber noch einmal: Es ist versprochen, dass wir es wirklich ganz eng begleiten und schauen, dass niemand durch diese Situation existenziell gefährdet wird.

Gab es noch Ergänzungswünsche zum Opferschutz?

(Josefine Paul [GRÜNE]: Wie Sie die Lage einschätzen! Welche Möglichkeiten zur Unterstützung von Beratungsangeboten gibt es bzw. sind Sie dazu im Austausch?)

– Das sind wir. Wir haben gestern auch mit dem zuständigen Gruppenleiter gesprochen, und wir sind da natürlich auch mit den Trägern in engem Austausch, die uns die Situation schildern. Wie immer ist die Situation natürlich regional unterschiedlich: Einige kommen bisher noch ganz gut klar, in anderen Bereichen gibt es tatsächlich bereits Probleme. Das ist etwas, woran wir arbeiten.

LMR Dr. Thomas Weckelmann (MKFFI): Grundsätzlich haben wir ja das Bürgertelefon eingerichtet, das über alle Homepages der einzelnen Ressorts abrufbar ist. Von dort aus werden wir in der Regel informiert, wenn es vor Ort Probleme gibt, sodass wir das über unser Haus direkt weitervermitteln können.

Es ist jetzt natürlich nur der Anfang, aber wie der Minister gesagt hat, sind wir da in einem engen Austausch. Grundsätzlich haben wir im Moment aber zumindest das Gefühl, dass jeder, der etwas sucht, auch etwas findet.

Iris Dworeck-Danielowski (AfD): Ich habe noch zwei Themen, die ich ansprechen möchte und die mich interessieren. Sie betreffen die gesamte Struktur. Auch wenn die familiären Verhältnisse eines Kindes noch nicht so prekär sind, dass sie im Fokus des Jugendamts usw. stehen, haben natürlich die Kindertagesstätte, Familienzentren usw. einen präventiven, abpuffernden Charakter in Bezug auf die familiäre Situation der Kinder. Mir macht es etwas Sorge, dass die Kinder im Prinzip nun völlig aus dem Fokus verschwinden und dann isoliert in ihrer Problemfamilien sitzen.

Die Erzieherinnen und Erzieher kennen ja die Kinder. Sie wissen, welche Familien zumindest problematisch sind, auch wenn es noch nicht so ist, dass man von Opferschutz oder Kindeswohlgefährdung sprechen müsste. Es kann aber an der Grenze dorthin sein.

Mir bereitet das Bauchschmerzen, weil diese Kinder dann im Grunde auf unbestimmte Zeit aus der öffentlichen Betrachtung verschwinden und isoliert sind, möglicherweise auch ohne kritisches Beäugen durch die Großeltern, die manchmal auch noch eine korrigierende Rolle spielen. Gibt es darüber irgendeinen Austausch, auch mit den Kitas, oder irgendeine Form von aufsuchender Betreuung? Wie lange will man das laufen lassen?

Bei Familien haben wir natürlich in erster Linie Eltern mit Kindern im Visier. Auf der anderen Seite sind aber auch wir Kinder unserer Eltern – Herr Minister, Sie hatten die älteren Generationen eingangs schon angesprochen. Natürlich gibt es einige, die es auf die leichte Schulter nehmen, aber es gibt auch viele ältere Leute – ich sehe es selbst bei unseren beiden Großelternpaaren –, die schwer krank sind und jetzt mehr oder weniger isoliert sind. Das bricht ihnen natürlich das Herz, und es löst starke Angstgefühle aus: Sehe ich jetzt meine Enkelkinder nie wieder? Sehe ich überhaupt niemanden mehr? – Sie haben auch berechtigterweise Angst vor Infektionen.

Im weiteren Sinne ist das auch eine Art seelsorgerischer Aspekt, der komplett wegbreicht. Das bereitet mir auch Sorgen. Auch die Kirchen haben geschlossen, und das Gemeindeleben ist für viele ältere Personen eine wichtige Anlaufstelle. Wie ist zu diesem Thema der Austausch bei Ihnen im Kabinett? Vielleicht ist das auch etwas für den

AGS: Altersdepression ist dort ein großes Thema, und ich könnte mir vorstellen, dass so eine Isolation das noch extrem verstärkt. Wie geht man also mit diesem menschlichen Aspekt um? Könnten Sie sich dazu noch einmal äußern? – Danke.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Frau Kollegin, das sind die Bauchschmerzen und Sorgen, die ich auch habe und die wir wahrscheinlich alle haben. Aber wir können sie auch nicht lösen.

Ich habe die große Hoffnung, dass es dadurch eine Entwicklung gibt, dass es zumindest Grundformen der Digitalisierung in unserer Gesellschaft gibt. Ich hoffe auf einen Schritt nach vorne, sodass die vorhandenen Möglichkeiten entsprechend genutzt werden. Auch das gute alte Telefon spielte eine Rolle: Meine Töchter rufen die Großeltern jetzt mehrmals am Tag an. Die finden das auch ganz toll. Natürlich gibt es auch Möglichkeiten über Skype, FaceTime usw. Aber man muss es auch vorleben. Ich lese meinen Töchtern jetzt immer Märchen vor und habe das gestern getwittert. Ich glaube, wir müssen uns allen gute Beispiele dafür geben, wie man mit der Situation umgehen kann.

Es gibt – das ist von Frau Paul zu Recht angesprochen worden – richtige Hardcore-Problemfamilien, in denen es jetzt ganz schwierig wird. Deshalb muss es beim kompletten Shutdown eben auch eine Abwägung geben. Wenn wir alles zumachen, müssen wir auch mit den Konsequenzen leben. Und wir müssen dann auch überlegen, über welchen Zeitraum hinweg bestimmte Dinge stattfinden müssen. Wie reagiert eine Gesellschaft dann? Und wie lange ist das durchzuhalten? Wir wollen nicht, dass es, zugespitzt gesagt, aufgrund einer gesamtgesellschaftlichen Quarantäne Tote in den Wohnungen gibt. Dieses Problem ist angesichts des Gewaltverhaltens, das leider von bestimmten Menschen an den Tag gelegt wird, leider nicht zu verachten. Das muss man, um ein Gleichgewicht zu finden, immer mit im Blick behalten.

Aber die Ärzte sagen mir immer wieder: Es geht jetzt darum, die harten Schnitte möglichst früh zu machen, um zu einem späteren Zeitpunkt eher wieder zu Lockerungen zu kommen. Wir haben nun bereits umfassende Beschränkungen vorgenommen und hätten damit auch nicht mehr zu lange warten dürfen.

Ich hoffe, dass dieses Herunterfahren nun insgesamt zu einem Mentalitätswechsel in der Bevölkerung führt und wir die Infektionsketten zumindest so weit eindämmen können, dass wir mit dem Status quo weitermachen können, um die Einschränkungen dann in vier Wochen möglicherweise sukzessiv zu lockern. Wenn es keine Veränderungen gibt, gehe ich, wie gesagt, davon aus, dass es in der nächsten Woche noch erheblich drastischere Verschärfungen geben wird.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Es ist verrückt in dieser Zeit: Je besser und erfolgreicher wir insgesamt auf allen Ebenen mit den Maßnahmen sind, desto länger wird es dauern. Von daher ist es gut, nachzufragen, wie wir auf Dauer, möglicherweise einige Monate lang, damit fahren können.

Herr Dr. Maelzer wollte nun von dem Angebot Gebrauch machen, noch einmal nachzufragen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Es geht noch einmal um den Themenkomplex der Elternbeiträge. Da ist eine technische Frage, ob Kommunen, die in der Haushaltssicherung oder im Nothaushalt sind, das Recht haben, zu erklären, dass sie auf die Beiträge verzichten. Ich glaube, es wäre eine wichtige Information – falls Sie sie geben können –, dass Kommunen dazu auch die Möglichkeit haben.

Dann habe ich noch eine Frage an die Kollegen. Ich habe noch zwei bis drei weitere Fragen. Ich kann sie natürlich auch gleich in der Aktuellen Viertelstunde in einen Wortbeitrag kleiden und hoffen, dass es eine Antwort gibt. Ich könnte sie aber auch jetzt stellen.

(Marcel Hafke [FDP]: Ist die Aktuelle Viertelstunde dann vorbei, oder machen wir das dann noch mal?)

– Ich hätte dann in der Aktuellen Viertelstunde nichts mehr.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Ich glaube auch, dass das dann jetzt umfangreich genug sein wird.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Ich bin der Meinung, dass das ein Thema ist, bei dem wir kameradschaftlich miteinander umgehen sollten. Da steht nicht die Geschäftsordnung im Mittelpunkt, sondern uns zu verständigen.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Das sehe ich auch so.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Vielen Dank. – Dann komme ich zu den weiteren Fragen.

Es hatte uns vorhin eine Mail von einer Kita erreicht, in der es hieß, es würde die Schlüsselpersonen betreffend möglicherweise zu Veränderungen im Erlass kommen. Es reiche dann nur noch eine Person als Schlüsselperson aus.

Herr Minister, Sie hatten eben eine Andeutung gemacht, dass es Ideen gibt, wie man zu Veränderungen kommen kann. Ich wollte nun frühzeitig nachfragen; denn Gerüchte sind in einer solchen Situation natürlich immer schwierig. Auf einmal stehen dann vielleicht Eltern vor der Tür und wollen ihr Kind abgeben, obwohl das noch gar nicht der Sachlage entspricht. Vielleicht könnten wir in dieser Hinsicht bereits von hier eine Botschaft mitnehmen.

Der nächste Punkt ist: Wie ist es eigentlich im Ministerium? Welche Regelungen gibt es in Ihrem Haus zum Homeoffice? Wie können insbesondere Eltern entlastet werden? – Vielleicht gibt es da auch gute Beispiele für Arbeitgeber in der Privatwirtschaft, wie man damit umgehen kann.

Dann ist da noch das Thema der Elternbriefe. Das Ministerium hat Elternbriefe herausgegeben, die ich auch gut und hilfreich finde. Das gilt auch für die Tonalität, und sie sind präzise. Ich habe sie bislang aber nur von unserer Referentin bekommen und nicht beispielsweise über die eigene Kita. Nun ist die Frage, wie man sicherstellt, dass diese hilfreichen Elternbriefe auch dort ankommen, wo sie ankommen sollen, nämlich bei den Eltern.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Die Frage zu den Elternbriefen beantwortet gleich Herr Dr. Weckelmann.

Zu den Überlegungen zu den Kitas: Es ist übrigens ein Unterschied zwischen Schlüsselpersonen und Personen aus systemkritischen Berufen. Das musste ich auch erst lernen. Schlüsselpersonen sind diejenigen, die in diesen Bereichen entsprechende Funktionen innehaben. Sie haben dann auch im Katastrophenfall Zutrittsrechte usw. Auch bei uns im Ministerium gibt es einzelne Personen, denen ein entsprechender Schlüssel ausgehändigt wird, wenn beispielsweise die Pforte nicht mehr besetzt wird. Das sind dann Schlüsselpersonen.

Aber es geht ja jetzt um die Frage, ob beide Eltern in systemkritischen Berufen sein müssen. Es ist eine ganz schwierige Gemengelage, wie wir damit umgehen sollen. Ich sage ganz ehrlich: Ich habe ein riesiges Problem, weil wir das ja auch politisch und gesellschaftlich durchhalten müssen. Auf der einen Seite steht die Notwendigkeit, vor allem jeden mobilisieren zu können, der in einem medizinisch-pflegerischen Beruf arbeitet. Wir müssen aber sehen, dass es auch so etwas wie eine Alltagswirklichkeit gibt. Wenn diese Personen dann nicht zur Arbeit kommen, weil man aufgrund der Doppelverdienerstruktur an dem Partner festhalten will, weil es möglicherweise sonst zu finanziellen Einbußen kommt oder weil es auch etwas mit dem Statusdenken des Partners zu tun hat, dann gibt es Schwierigkeiten.

Das Problem wird sich dadurch etwas relativieren, dass jetzt so viele Unternehmen in Kurzarbeit gehen werden, dass ganz viele Partner von denjenigen, die in diesen systemkritischen Bereichen tätig sind, sowieso zu Hause sein werden.

Ich kann mir vorstellen, dass wir zusätzliche Anreize zum Aufstocken für diejenigen schaffen werden, die in den entsprechenden Berufen tätig sind. Wir diskutieren jetzt intern, welche Möglichkeiten es da gibt, und wir sind auch im engen Austausch mit den anderen Häusern.

Ich weiß, dass es Leute gibt, die sagen, wir sollten die Position aufgeben, zu sagen, dass beide Partner in den systemkritischen Bereichen tätig sein müssen, sondern dass es ausreicht, wenn eine Person dort tätig ist. Ich bitte aber darum, dass jetzt nicht öffentlich zu diskutieren. Es kann sein, dass wir aus praktischen Erwägungen, weil es sich in der Praxis anders nicht umsetzen lässt, am Ende doch dazu kommen müssen. Systematisch fände ich es aber besser, wir würden ein anderes Modell entwickeln, welches es so attraktiv macht, dass tatsächlich diejenigen, die insbesondere im Gesundheitsbereich arbeiten, von sich aus freiwillig aufstocken und der Partner/die Partnerin zu Hause bleibt.

Weiter sind wir da noch nicht. Ich würde auch darum bitten, dass wir sagen: Geregelt wird es über den Erlass, und der Erlass gilt dann auch für alle Einrichtungen landesweit. Wenn Sie jetzt vor Ort angesprochen werden, würde ich bitten, dass Sie darauf hinweisen, dass es keine Individuallösung geben kann.

Ich muss im Übrigen sagen: Ich habe großen Respekt davor, mit welchem Augenmaß und welcher Verantwortung die Kitaleitungen es in den letzten drei, vier Tagen über die Bühne gebracht haben. Das ist eine ganz große Leistung, die man nicht hoch genug anerkennen kann.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Als Vorsitzender kann ich natürlich keine Fragen stellen.

(Minister Dr. Joachim Stamp [MKFFI]: Doch! Wir sind hier beieinander, weil wir die Sache beraten!)

– Dann habe ich in der Tat eine Nachfrage. Wir erleben überall, dass die Einrichtung von Notgruppen gerade stattfindet. Der Andrang ist aber nicht so hoch, wie ich persönlich es eingeschätzt hätte. Es gibt viele Kitas, in denen drei, vier Personen aus den systemrelevanten Berufen Kinder in der Kita haben, es müssen aber ständig alle Mitarbeiter kommen. Und diese sind natürlich als Virusträger auch ein Risiko.

Die Frage ist: Wann nehmen Sie sich dieser Sache noch einmal an, um das zu regeln? Diejenigen, die wirklich nicht gebraucht werden, kommen jetzt jeden Tag. Kann man sie dann nicht ins Homeoffice schicken?

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Das ist eine gute und wichtige Frage. Wir diskutieren aktuell darüber, wie man ein gewisses rollierendes System schaffen kann, um die dauerhafte Betreuung möglichst zu schützen und sicherzustellen. Gleichzeitig soll das trotzdem nicht für permanent wechselnde Betreuungsverhältnisse sorgen, was wiederum neue Infektionswege ermöglichen würde.

Wir werden den Erlass nun auf Basis dessen anpassen, was wir als Lagebild bekommen. Ich denke, dass wir dann bald Anpassungen machen werden. Ich weiß nicht, ob wir schon für den nächsten Montag Anpassungen haben werden, es wird aber in den nächsten Tagen passieren. Dann werden wir natürlich auch mit dieser Frage umgehen müssen.

Es ist in der Tat Nonsens, wenn in einer Kita nur noch zwei Kinder kommen, aber elf Erzieher. Das ist dauerhaft natürlich nicht sinnvoll.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Gute Betreuungsquote!

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Darüber unterhalten wir uns dann wieder nach der Krise.

Es ist klar, dass wir erst einmal schauen müssen, wie es mit den Erzieherinnen und Erziehern mit eigenen Kindern ist, die dann meiner Meinung nach prioritär zu Hause bleiben müssen. Das sind die Dinge, die wir jetzt diskutieren. Dann kommen die Personen, die über 60 Jahre alt sind. Das sind die nächsten, die zu Hause bleiben sollten.

(Josefine Paul [GRÜNE]: Und Vorerkrankungen! Die Leute können ja auch unter 60 sein! Das gerät etwas in Vergessenheit!)

– Genau. Das ist genau der Punkt.

Ich bin auch gespannt – wir werden es sehen –, wie belastbar das Lagebild von heute ist. Leider ist es hier, wie gesagt, systematisch anders als bei Schule. Da sind die Zahlen natürlich viel präziser. Ich denke aber, dass wir heute, morgen usw. so ganz

allmählich ein Lagebild erhalten werden, das in gewisser Weise belastbar ist und bei dem wir entsprechend nachsteuern können.

LMR Dr. Thomas Weckelmann (MKFFI): Zu den Elternbriefen: Wir geben das immer über die kommunalen Spitzenverbände, die freien Träger und die Kirchen in die Strukturen. Wir tun das immer mit der Bitte, es auch den Kitas vor Ort zur Verfügung zu stellen.

Wir haben nun schon einige Rückmeldungen erhalten, dass das nicht immer optimal funktioniert. Das bestätigt auch Ihre Rückmeldung, Herr Dr. Maelzer. Wir werden im Nachgang dieser Sitzung noch einmal herumschreiben, dass bitte dafür gesorgt wird, dass diese Elternbriefe vor Ort auch ankommen.

Grundsätzlich veröffentlichen wir alle unsere Dokumente auch auf unserer Homepage. Das ist im Moment noch etwas durcheinander, wir werden es aber im Laufe des Tages etwas besser strukturieren. Dort finden Sie dann alle Elternbriefe, alle Fachempfehlungen und auch die FAQs, die wir natürlich fortlaufend aktualisieren.

Die Problematik, die Sie, Herr Vorsitzender, geschildert haben, haben wir dort auch schon angerissen. Das muss noch etwas präzisiert werden, aber wir sind an der Sache dran.

Eigentlich sind die Informationen also überall auffindbar, und ich hoffe, dass es uns gelingt, dass sie bis in die letzte Kita verteilt werden.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Da ich aus eigener Anschauung weiß, wie schwer es auch für Abgeordnete ist, das alles zu finden, möchte ich fragen, ob es Ihnen möglich wäre, neue Erlasse auch einmal an die Obleute zu schicken?

LMR Dr. Thomas Weckelmann (MKFFI): Das können wir machen.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Ich habe vorhin vergessen, die Frage zu beantworten, wie wir im eigenen Haus mit der Situation umgehen. Das ist natürlich alles ein fortlaufender Prozess, aber ich darf ganz selbstbewusst sagen: Wir waren mit die ersten und sind, meine ich, aufgrund der hervorragenden Vorarbeit unserer Abteilungsleiterin I auch führend hinsichtlich Homeoffice bzw. der Organisation des Arbeitens von zu Hause.

Wir sind da als Haus ohnehin schon sehr weit, und wir haben schon frühzeitig freitags Mitarbeiter mit Laptop ins Wochenende geschickt. Das haben wir im Übrigen auch schon sehr früh mit den Mitarbeitern aus Heinsberg gemacht, die dann weiterarbeiten konnten, während das in anderen Häusern nicht möglich war, weil sie ohne Laptop nach Hause gegangen sind. Das haben wir also sehr bewusst gemacht.

Stand jetzt sind wir bei einem Anteil von zwischen 70 und 80 % in Telearbeit und Homeoffice. Einige haben auch Urlaub genommen. Wir haben gesagt: Wir stellen die Arbeit der Referate sicher, aber dafür ist nicht überall zwingend Präsenz erforderlich.

Wir haben auch bei uns im Leitungsbereich die Anwesenheitszeiten deutlich eingeschränkt. Wir nehmen ganz besonders Rücksicht auf die Kollegen mit Kindern oder auch mit vulnerablen Angehörigen.

Wir sind auch dazu übergegangen, in vielen Bereichen rollierend zu arbeiten. Außerdem haben wir ausgemacht, dass Herr Staatssekretär Bothe und ich uns abwechseln, was die Präsenz im Haus angeht.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Die Fragen sind gut beantwortet, eine Antwort ist aber noch ausgeblieben. Wie ist es mit den Elternbeiträgen und der rechtlichen Situation dazu? Dürfen Kommunen in der Haushaltssicherung erklären, dass sie Elternbeiträge erlassen?

LMR Dr. Thomas Weckelmann (MKFFI): Diese Frage kann ich zurzeit nicht beantworten. Ich würde sie mitnehmen und im Nachgang beantworten.

Josefine Paul (GRÜNE): Ich hätte noch eine rein organisatorische Nachfrage. Können wir uns in irgendeiner Art und Weise darauf verständigen, wie wir im Wege von Telefonkonferenzen zueinanderfinden? Damit meine ich nicht, dass wir jetzt die Kalender zücken und einen Termin ausmachen, sondern dass wir uns darauf verständigen, dass Sie, Herr Minister, uns diese Möglichkeit weiterhin bieten und dann von Ihrem Hause ausgeht, wann wir eine solche Telefonkonferenz machen.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Ich denke, wenn wir von unserer Seite aus Berichtenswertes haben, werden wir das machen, auch relativ kurzfristig. Wenn es umgekehrt Ihrerseits einen dringenden Bedarf gibt, bitte ich darum, sich einfach zu melden. Dann machen wir das auch.

Josefine Paul (GRÜNE): Ich würde schon dahin gehend einen Bedarf anmelden, dass es relevant ist, dass es eine Telefonschleife mit der Bundesministerin und gegebenenfalls mit den anderen Landesministerinnen und Landesministern geben soll, wie Sie vorhin berichtet haben. Die Entlastung der Eltern ist jetzt relevant, und wenn Sie sich dazu bereit erklären würden, uns darüber im Wege einer Telefonkonferenz zu informieren, wäre ich sehr dankbar.

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Dann gucken wir mal, wie es morgen ist. Das muss dann ja nicht ewig lang dauern. Wie wäre es morgen Nachmittag? – Die Terminkalender sind jetzt ja deutlich leerer.

Vorsitzender Wolfgang Jörg: Wenn am Montag sowieso eine neue Erlasslage zu erwarten ist, wäre es vielleicht klug, das miteinander zu verbinden. Die beiden Tage bis zum Sonntag können dann vielleicht noch abgewartet werden; dann hätten wir die Information über die neue Erlasslage mit dabei.

(Josefine Paul [GRÜNE]: In den letzten Wochen waren schon zwei Stunden manchmal eine neue Lage! Aber das ist in Ordnung!)

Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI): Dann machen wir es doch so: Wenn es seitens Frau Giffey bzw. in der Runde mit ihr so spektakulär wird, dass es in den Fragen, die hier noch etwas offengeblieben sind oder an denen wir permanent arbeiten, einen echten News Value gibt, machen wir schon am Freitag eine kurze Schalte. Das heißt nicht, dass wir nicht am Sonntag eine weitere machen können. Das ist alles kein Problem. Okay?

Vorsitzender Wolfgang Jörg: In Ordnung. – Dann wären wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Herr Dr. Maelzer hatte noch eine persönliche Erklärung entsprechend der Geschäftsordnung des Landtags angemeldet.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ich habe ja schon gesagt, dass ich auf die Einlassung des Ministers zu Beginn reagieren möchte.

Ich bin der Auffassung, dass wir alle einen sehr verantwortungsvollen Umgang miteinander und mit der Situation pflegen müssen. Das bezieht sich selbstverständlich auch auf die Wortwahl. Wenn der Landtag als Institution eine gemeinsame Regelung erlassen hat, wie wir mit Ausschusssitzungen umgehen wollen, dann finde ich es nicht richtig, wenn von Regierungsseite kritisiert wird, wenn das wahrgenommen wird.

(Marcel Hafke [FDP]: Ich habe es schon als Abgeordneter kritisiert!)

Ich finde es vor allen Dingen auch persönlich nicht richtig, in diesem Zusammenhang davon zu sprechen, dass jemand hier sein Ego befriedigen möchte. Ich glaube – und das hat auch die Debatte gezeigt –, dass es hier nicht darum geht, das Ego zu befriedigen, sondern es geht um einen sehr verantwortungsvollen Umgang mit der Situation. So etwas sollten wir uns auch nicht wechselseitig unterstellen – weder in einer solchen Runde noch auf Twitter oder über andere Kanäle.

Zum verantwortungsvollen Umgang gehört aus meiner Sicht auch, dass man nicht Ressourcen bindet, wo sie nicht notwendig sind. Darum haben wir frühzeitig signalisiert, dass die persönliche Anwesenheit des Ministers von uns nicht zu einer Bedingung gemacht wird. Wenn Sie meinen, in dieser Situation in Bonn etwas anderes bewegen zu können, hätte das Ihnen in dieser Runde mit Sicherheit niemand übel genommen – wir als allerletzte.

Zum verantwortlichen Umgang gehört eben auch, dass wir jetzt bei allen Dingen, die wir herunterfahren müssen, nicht zu einem Shutdown des parlamentarischen Betriebs kommen dürfen. Schon in der vergangenen Woche, als es Hinweise der SPD-Fraktion gab, war es so, dass wir ziemlich angegangen worden sind. Es war auch so, dass die SPD-Fraktion, namentlich Thomas Kutschaty, einen Brief an die Regierung geschickt und Unterstützung angeboten hat. Dieser Brief ist bis heute unbeantwortet geblieben. Damit gehen andere Regierungen anders um.

Ich glaube, diese Sitzung hat auch gezeigt: Wir wollen verantwortungsvoll miteinander umgehen, und ich bin der Meinung, hier sind auch einige gute Botschaften gesendet worden, die wieder für mehr Sicherheit in der Landschaft sorgen werden. Ich bin mir nicht sicher, ob wir das alles in einer Telefonschalte so hinbekommen hätten wie heute in dieser Sitzung. Ich danke aber für die Ausführungen und manche Klarstellung.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

2 Vorstellung der Shell Jugendstudie 2019

– Gespräch mit Professor Dr. Mathias Albert, Universität Bielefeld

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

3 Jeder Fall ist ein Fall zu viel – alle Kräfte mobilisieren für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Missbrauch

Antrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5066 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/673

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

4 Zukunftsplan Grundschule

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6739

Ausschussprotokoll 17/875

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

5 Gesundes Essen ist Kinderrecht: Gesunde und nachhaltige Verpflegung für alle Kinder und Jugendlichen in Kita und Schule sicherstellen – einheitliche Qualitätsstandards festschreiben

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/7364
Ausschussprotokoll 17/904

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

6 Schwimmflächen und Schwimmangebote ausweiten. Ertrinken verhindern

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/6583

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

7 Unterstützung für alleinerziehende Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen stärken!

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/6254 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/866

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

8 Care-Arbeit in NRW sichtbar machen und besser unterstützen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/8765

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

9 Verbesserte Entgeltfortzahlung für Eltern bei persönlicher Betreuung kranker Kinder

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8771

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

10 NRW braucht einen Masterplan gegen Rechtsextremismus

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8778

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

11 Verschiedenes

gez. Wolfgang Jörg
Vorsitzender

2 Anlagen

02.04.2020/03.04.2020

73



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg MdL
- per E-Mail -
nachrichtlich
[REDACTED]

Dr. Dennis Maelzer MdL
Sprecher im Ausschuss für Familie, Kinder
und Jugend

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 20 25
Fax: 0211 - 884 31 55
dennis.maelzer@landtag.nrw.de

www.spd-fraktion-nrw.de

17.03.2020

**Beantragung einer dringlichen Frage für die Sitzung des AFKJ am
19. März 2020**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

ich bitte ich um Zulassung folgender Dringlicher Frage und Beantwortung durch die Landesregierung in der o.g. Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend zum Thema:

Was bedeutet die Corona-Krise für Kinder, Eltern, Träger, Beschäftigte und Kommunen und für laufende und drohenden Maßnahmen zum Kinderschutz?

Ich bitte bei der Beantwortung der Frage folgende Themen zu berücksichtigen:

Durch den Shutdown werden weite Teile des sozialen Lebens eingeschränkt. Familien mit sozialpädagogischen Familienhilfen, in ambulanter, teilstationärer und stationärer Familienhilfe benötigen Antworten in Bezug auf ihre Maßnahmen. Pädagogisches Fachpersonal benötigt Handreichungen für den Umgang mit Fällen drohender Kindeswohlgefährdung wenn diese Kinder nicht mehr in die Einrichtungen der Jugendhilfe kommen können.

Durch das Betretungsverbot für Kitas und die Schließung der Schulen – die eine richtige Entscheidung waren – stehen Menschen vor Fragen: Träger und Leitungen benötigen Sicherheit in Bezug auf die laufenden Kosten bei Personal – auch beim nicht refinanzierten Personal und bei der Weiterzahlung der Kindpauschalen während des Betretungsverbots. Kommunen benötigen Antworten auf Fragen zum Umgang mit Elternbeiträgen während des Verbots. Eltern und Kommunen benötigen hier Sicherheit.

Kinder von Eltern aus systemrelevanten Gruppen sind vom Betretungsverbot ausgenommen. Auf der anderen Seite haben wir aber auch Kinder, bei denen das Jugendamt einen Besuch der Kita aufgrund einer schwierigen Situation zuhause dringend angeraten, sozusagen verordnet hat. Diese Fragen stellen sich natürlich auch für den Bereich der OGS. Auch zu diesem Themenkomplex bitten wir um Antworten aus dem Bereich der Jugendhilfe. Das MKFFI hat einen Elternbrief herausgegeben, diesem begrüßen wir sehr zur Information der Eltern, sofern sichergestellt ist, dass er alle erreicht.

Wir sehen es positiv, dass die Kinderspielplätze nicht mehr geöffnet sein sollen, da ein Treffen aller Kita-Kinder und Schulkinder auf dem Spielplatz nicht im Sinne des Betretungsverbots war. Dennoch stellt sich die Frage, wie man Kindern ermöglichen kann, sich ohne direkte Sozialkontakte auch für eine kurze Zeitspanne draußen aufhalten zu können. Die kinder- und Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit braucht Sicherheit und Antworten auf ihre Fragen.

Fehlende Sozialkontakte durch Betretungsverbote treffen Menschen unterschiedlicher sozialer Lagen unterschiedlich. Besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten sind hier besonders betroffen. Während des Shutdowns muss für Kinder aus diesen Familien sichergestellt werden, dass sie Zugänge zu Bildungsgelegenheiten bekommen.

Eltern benötigen Sicherheit in Bezug auf Maßnahmen der Frühförderung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dennis Maelzer MdL



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Familie, Kinder und Jugend
Herrn Wolfgang Jörg

im Hause

Dr. Dennis Maelzer Mdl
Sprecher im Ausschuss für Familie,
Kinder und Jugend

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 20 25
Fax: 0211 - 884 31 55
dennis.maelzer@landtag.nrw.de

Antrag auf Aktuelle Viertelstunde im Ausschuss Kinder, Jugend und Familie am 19.03.2020

12.03.2020

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Fraktion im Landtag NRW beantrage ich für die Sitzung des Ausschusses am 19.03.2020 eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema Coronavirus und Kinderbetreuung:

Corona, Kita und was nun?

In den letzten Tagen haben die Nachrichtenmeldungen zu Corona eine massive Wende vollzogen. Die Infektionszahlen zeigen, dass gehandelt werden muss. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was passiert zum Schutz aller Menschen mit den Kindertageseinrichtungen? Bisher ist bekannt, dass Kinder das Virus in sich tragen und verbreiten können, ohne selbst daran zu erkranken. Als erste Stadt hat Halle (Saale) in Deutschland ab Freitag Schulen und Kitas geschlossen, um eine Ausbreitung des Virus zu verringern.

Eltern und Einrichtungen benötigen hier Sicherheit zum Schutz aller Menschen. Träger sind verunsichert, weil es keine klaren und landesweit gültigen Aussagen für die Träger und Einrichtungen gibt. So schreibt die AWO OWL in einem Brief vom 11. März 2020 an alle ihre Einrichtungen und Dienste:
„Für die in dieser Situation anstehenden Entscheidungen wünsche ich mir mehr Klarheit seitens der Behörden. Zu unterschiedlich erscheinen mir die Vorgehensweisen verschiedener Gesundheitsämter, zu unverbindlich die

Vorgaben der Politik an uns Träger. So lange diese Klarheit aber noch nicht besteht, müssen wir – und alle anderen Träger auch – eigene Wege gehen.“

Deshalb stellen sich für die SPD-Fraktion die Fragen:

Welche Maßnahmen plant die Landesregierung in welcher zeitlichen Abfolge?

Welche Handreichungen gibt es seitens des Landes an Träger, die deutlich machen, unter welchen Voraussetzungen eine Aufrechthaltung des Betriebs möglich ist?

Welche Pläne gibt es, sollten im großen Stil Kita-Schließungen notwendig werden?

Wie kann in einem solchen Fall für das dringend benötigte medizinische- und Pflegepersonal in Krankenhäusern und Einrichtungen die Betreuung der Kinder gewährleistet werden?

Welche rechtlichen Möglichkeiten haben Eltern, wenn die Einrichtung ihrer Kinder geschlossen ist?

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dennis Maelzer MdL